**V. b. b.** Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

**1. Jahrgang - Nr. 31 - Preis 25 Groschen**

# der Judenstaat

**zionistisch-revisionistisches Organ** **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postspark.-Kti.: Österr. B-11.035, C. S. R. 501.540, Polen Dr. Aron Goldin 27.765, Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843, Deutschland Adolf Hirschfeldt Berlin 77.044

Wien, Freitag, den 8. Dezember 1933
וינה, יום ו׳ כ׳ כסלו תרצ״ד
Redaktion und Administration: **Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40**

## „Frag mich was"...

p. h. Wien, 7. Dezember

Im englischen Unterhaus in London kommt es letztens selten vor, daß eine Sitzung zu Ende geht, die nicht noch vorher ein lustiges Frage- und Antwort-Spiel gebracht hätte. Es handelt sich gewöhnlich darum, daß irgend ein Abgeordneter den Kolonialminister ersucht, ihm über dies und jenes, das in Palästina vorgeht, Aufklärung zu geben; woraufhin dieser Kolonialminister auch Aufklärung gibt, erschöpfend oder nicht erschöpfend, je nachdem, d. h. je nach der Fragestellung: ist diese ordnungsgemäß britisch vernünftig-nichtssagend, dann ist die Beantwortung sehr höflich und loyal und erschöpfend, wagt sie es aber, einigermaßen ernsthaft auszufallen, dann fällt der Kolonialminister aus seiner britischen Ruhe und wird vom britischen Spleen befallen, wird grob, versteht nicht und kann auch nicht erschöpfend antworten.

Einem Fragesteller des britischen Unterhauses ist es jüngst zweimal in einem Atemzug widerfahren, den Kolonialminister aufgeregt, ihn grob und mißlaunig gemacht zu haben. Der so aus der britischen Art geschlagene Abgeordnete ist der Colonel Josiah Wedgwood, ein objektiver Betrachter der palästinensischen Dinge und demgemäß auch einer, dem es viel zu wissen verlangt, warum es dort so ungereimt zugeht. Er wollte wissen, ob in Palästina eine neue Politik betrieben werde, die darin zum Ausdruck kommt, daß man »Juden erfaßt und ausweist«, und ferner, wozu ein Legislative Council in Palästina gut sein soll.

Vor vierzehn Tagen, als Wedgwood zum ersten Mal solches fragte, meinte der Kolonialminister, er habe noch nie eine so unvernünftige Frage gehört, das zweite Mal, in der vorigen Woche, fand derselbe Kolonialminister dieselbe Frage sehr unlogisch, um zu guter Letzt, als der wunderliche Wedgwood in seinem unbändigen Wissensdrang gar danach fragte, ob der Kolonialminister die »illegalen« deutsch-jüdischen Einwanderer nach Deutschland zurückzuschicken gedenke, völlig beleidigt, zu verstummen.

Aber so ein Frage- und Antwort-Spiel hat doch etwas Gutes, wenn man es beharrlich und mit Ausdauer betreibt. Wie ein Kind im Fragealter zwar nicht die ganze Wahrheit über das, was es wissen will, zu ergründen vermag, aber dennoch einen Zipfel des Geheimnisses lüftet, das hinter den ihm unbekannten Dingen steckt, so erfährt die politisch wissensbegierige Welt aus dem traditionellen »Frag mich was« des britischen Parlaments immerhin einiges. So wenig der Kolonialminister Sir Philip Cunliffe-Listter dem Colonel Wedgwood erzählen wollte und so sehr er sich bemühte, das zudringliche Kind im Fragealter zuerst sanft, dann nervös und grob abzulenken, eines ist ihm dennoch entschlüpft, das festzuhalten wert ist. Er sagte: Der in Palästina zu errichtende Legislative Council soll in keiner Weise die Exekutivgewalt und die Autorität des High Commisioners beeinträchtigen.

Freund und Feind warf in letzter Zeit die grüblerische Frage auf: Was will England in Palästina? Man war verwundert darüber, daß England die alte Taktik des Verhinderns durch passive Resistenz und durch ein unsichtbares Intriguenspiel zugunsten eines offenen zynischen Verhaltens gegenüber den Juden aufgegeben habe und wollte daraus auf ein proklamiertes Bündnis mit den Arabern Palästinas und mit der arabischen Welt überhaupt schließen. Nun offenbart der obenangeführte Satz des Kolonialministers eines: auch die Araber sind die Gefoppten. Bei ihnen wendet Großbritannien im buchstäblichen Sinne des Wortes das Zuckerbrot und die Peitsche an. Es hetzt sie auf gegen den »jüdischen Feind« und nährt in ihnen trügerische »demokratische« Forderungen nach einem Parlament und dergleichen, um dann, wenn es soweit ist, um keinen Preis die »Macht des High Commissioners« fahren zu lassen. Dieser lachende Dritte will Sich-raufende-Natives haben, auf daß er selbst um so fester im Sattel sitzen, der Welt verkünden kann: sieh, ich muß in Palästina bleiben, auf daß die Juden nicht abgeschlachtet werden und muß erst recht in Palästina bleiben, auf daß nicht eine Ueberflutung durch Juden den Arabern das Besitzrecht raubt. Eine arabische Revolte, dann und wann schön inszeniert, (wenn es gerade eine jüdische Konjunktur gibt), ist nicht zu verachten, ebensowenig wie das jüdische Geld, das die Landesfinanzen überaktiv erhält. Nur nicht von beidem zu viel! Den Juden keine Mehrheit, den Arabern kein wirkliches Parlament!

Der Satz des Kolonialministers, aus der Schule geplaudert in einem Moment des An-die-Wand-Gedrücktseins, sollte den Arabern die Augen öffnen. Denn sie sind es, die sich für die Zukunft manches verscherzen können. Der Weg des jüdischen Volkes in sein Heimatland ist nicht mehr abzuschneiden. Die Repatriierung ist eine historische Notwendigkeit und unaufhaltbar. Sie kann mit Leid und Qual, mit moralischer und physischer Not, mit Hindernissen und Hemmungen ohne Zahl verbunden sein — erfolgen wird sie, weil sie erfolgen muß. Daran werden weder Engländer, noch Araber etwas ändern!

Für die Araber und nicht für uns gilt es, die Zeichen und Wunder der britischen Politik, des britischen »Frag mich was«-Spiels richtig zu deuten. Denn dieses kann wohl den Jammer der jüdischen Galuth für heute und morgen verlängern, aber nicht mehr für übermorgen, und die Araber werden für immer in einem Judenstaat leben müssen.

## Polizeiagenten werden verprügelt

**Jerusalem, 6. Dezember (Spezialtelegramm des »Judenstaat«). Die jüngsten antizionistischen Einwanderungsmaßnahmen der Palästinaregierung haben die ganze jüdische Bevölkerung des Landes in einem Maße erbittert, wie es bis jetzt noch zu keinem Zeitpunkt wahrzunehmen war.**

**Diese Erbitterung macht sich zunächst dadurch Luft, daß die britischen Polizeispitzel, die sich auf den Straßen, in Kaffeehäusern und Hotels herumtreiben und nach »illegaler« Einwanderungsbeute fahnden, von jüdischen Passanten oder jüdischen Gaststättenbesuchern abgefangen und tüchtig verprügelt werden.**

**Großes Aufsehen erregte ein Vorfall, der sich gestern in Tel-Awiw abspielte. Zwei britische Geheimpolizisten eskortierten zwei illegal »eingewanderte deutsche Juden'« die sie kurz vorher aufgegriffen hatten. Eine riesige Menschenmenge sammelte sich an, die laut ihrer Empörung Ausdruck gab, um sich schließlich auf die britischen Geheimagenten zu stürzen und ihnen ihre Opfer zu entreissen.**

**Im allgemeinen ist bis jetzt zu konstatieren, daß der mit so großem Pomp angekündigte Kreuzzug der Palästinaregierung gegen die »Illegalen« ein Schlag ins Wasser war.**



## Haymson abgesetzt

**Jerusalem, 7. Dezember (Telegramm des »Judenstaat«). Der Leiter des Einwanderungsdepartements der Palästinaregierung, der bei den Juden der ganzen Welt berüchtigte Albert Haymson ist von seinem Amt entfernt und in die Regierungsabteilung für Einbürgerung versetzt worden. Sein Nachfolger ist, wie man soeben erfährt, ein als Antizionist bekannter britischer Beamter. Diesem sollen spezielle Aufträge zur strengen Handhabung der neuen drakonischen Einwanderungsbeschränkungsmaßnahmen aufgetragen worden sein.**

*

Somit ist ein letzter Mohikaner jenes Systems gefallen, das England bis vor einigen Monaten in der Handhabung des Völkerbundauftrags, ein Jüdisches Nationalheim in Palästina zu errichten, angewendet hat: das System nämlich, sich »jüdischer« Hintermänner als Alibi-Zeugen zu bedienen. Das neue britische System braucht anscheinend die jüdischen Mohren nicht mehr, sie können gehen! Schade nur, daß der Gesinnungsgenosse dieses Haymson, der erste »jüdische« High Commissioner Herbert Samuel, auch so ein jüdisches Faktotum der britischen Palästinapolitik, nicht mehr in Amt und Würden ist, um auch nachhause geschickt werden zu können.

Das jüdische Volk wird diesem Haymson, mit dem es die Vorstellung eines grausamen Verfolgers seiner Existenzinteressen verbindet, keine Träne nachweinen, zumal es ihn, weil aus dem eigenen Stamm, doppelt hassen mußte. Charakteristisch ist sein Abgang jedenfalls. . .

**Palästinaeinwanderung vor dem Unterhaus:**

# Wedgwood drückt den Kolonialminister an die Wand

London, 1. Dezember. Generalmajor Sir Alfred Knox (konservativ) richtete im Unterhaus an den Kolonienminister die Frage, wie es komme, daß in den ersten acht Monaten 1933 fünfmal so viel Einwanderer mit Erlaubnis der Palästina-Administration nach Palästina kommen durften, als in jedem der Jahre 1932 und 1931.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte: Der Hauptgrund für die Zulassung einer erhöhten Zahl von Einwanderern nach Palästina ist die außerordentliche Besserung in der Wirtschaftslage des Landes, die zuletzt platzgegriffen hat. Diese Besserung der Wirtschaftslage hat Einwanderer der Kapitalistenklasse in das Land gelockt, wodurch es dem High Commissioner ermöglicht wurde, die Halbjahrsquoten für Einwanderer aus der Kategorie der Arbeitnehmer zu erhöhen.

Auf die Frage von Sir Alfred Knox, ob nicht diese erhöhte Einwanderung die direkte Ursache der letzten arabischen Revolte war, erwiderte Sir Philip Cunliffe-Lister: Nein, das glaube ich bestimmt nicht! Der High Commissioner befolgte auch in der Einwanderung eine absolut unparteiische Politik; nämlich die Politik der Regierung, daß die Zahl der Einwanderer in Palästina einzig und allein von der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes abhängig gemacht werde.

Colonel Josiah Wedgwood (Labour) fragte, ob der Kolonienminister wegen der arabischen Unruhen in Palästina eine Aenderung in der Politik der Zulassung jüdischer Einwanderer eintreten lassen werde.

Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte kurz: Nein.

Colonel Wedgwood: Soll ich diese Antwort so verstehen, daß die Araber-Tumulte keinen Einfluß auf die jetzt in Palästina vor sich gehende Erfassung und Ausweisung von Juden haben?

Sir Philip Cunliffe-Lister: Was hat diese Frage mit der vorhergegangenen zu tun? Sie fragten, ob irgendein Wechsel in der Politik der Regierung hinsichtlich der Einwanderung eingetreten sei: die Antwort war ein klares Nein.

Colonel Wedgwood: Ist diese Erfassung und Ausweisung von Juden in Palästina Ausfluß einer alten oder einer neuen Politik?

Sir Philip Cunliffe-Lister: Nur die vom High Commissioner festgesetzte Zahl von Einwanderern in Palästina ist maßgebend. Es ist das beste für alle, die es angeht, wenn darauf gesehen wird, daß die Einwanderer durch die geeigneten Wege ins Land kommen, um nicht als unberechtigte Einwanderer zu gelten.

Colonel Wedgwood: Da nun etwa 20.000 Personen so nach Palästina gekommen sind, erwägt der Kolonienminister, diese große Menge auszuweisen, sie etwa nach Deutschland zurückzuschicken?

Auf diese Frage erfolgte keine Antwort.

Colonel Wedgwood fragte zum Schluß noch, ob der vom Kolonienminister vor kurzem im Unterhaus angekündigte Legislative Council for Palestine die Kontrolle über die Polizei ausüben werde.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte:

Nein. Ich habe schon in meiner Antwort in der vergangenen Woche klargestellt, daß niemals daran gedacht worden war, daß der zu errichtende Legislative Council die Exekutivgewalt und die Autorität des High Commissioner irgendwie beeinträchtigen solle.

## Der jüdische Weltprotest

### Protestmeeting in Paris mit Jabotinsky

Paris, 1. Dezember. In Paris fand unter dem Vorsitz von Vladimir Jabotinsky ein von über 4000 Personen besuchtes revisionistisches Protestmeeting gegen die Einschränkung der jüdischen Einwanderung in Palästina statt. Jabotinsky appellierte an das britische Volk, das von der ungerechten und ungerechtfertigten Politik der Regierung in Bezug auf Palästina keine Kenntnis habe, die Bedürfnisse der jüdischen Massen und den Anspruch des jüdischen Volkes auf sein Land zu berücksichtigen. Auf der Versammlung wurde ein Schreiben des ehemaligen Kommandanten der unter Mitwirkung Jabotinskys während des Weltkrieges gebildeten jüdischen Legion, Oberst Paterson, verlesen, in dem an die Juden die Mahnung gerichtet wird, in ihrer Forderung nach Gerechtigkeit einig zusammenzustehen.

### Alle jüdischen Gemeinden Polens gegen Eiewanderungsbeschränkung

**Warschau, 4. Dezember. Die Vorsteherschaft der Warschauer Jüdischen Gemeinde, der größten Judengemeinde Europas, hat einmütig eine Protestresolution gegen die Einwanderungseinschränkung und die Touristenverfolgung in Palästina angenommen. Die Resolution wurde an sämtliche jüdischen Gemeinden Polens mit dem Ansuchen gesandt, sich dem Protest anzuschiessen und die Resolution gutzuheißen.**

#### Eine ernste Warnung an die Palästinaregierung

Jerusalem, 4. Dezember. Der Dir k'or der Tote Meer-Konzession M. Novomeyski warnt in einem von der »Palestine Post« veröffentlichten Artikel die Regierung vor einem Festhalten an ihrer kurzsichtigen Politik in der Einwanderungsfrage und schreibt, diese Politik sei dazu angetan, eine Wirtschaftsstockung herbeizuführen, der die Regierung dann machtlos gegenüberstehen wird. Schon im Januar d. J. machte sich ein Mangel an qualifizierten und halbqualifizierten Arbeitern bemerkbar, Ende August konnte man schon von einer Arbeitskrisis sprechen; die Tote Meer-Gesellschaft (Palestine Potash Company) konnte wegen Mangels an Arbeiterhänden ihr beschlossenes erweitertes Arbeitsprogramm nicht durchführen. Ende September wurde die Lage unhaltbar, indem ein Teil der Arbeiter in die Städte eilte, wo die Arbeitslöhne höher sind. Die Gesellschaft sah sich genötigt, nichtjüdische Arbeiter einzustellen, die aber nicht genug qualifiziert sind. Zahlreiche industrielle und andere Unternehmungen blikken mit Sorge in die Zukunft. Infolge des Steigens der Arbeiterlöhne ist die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande bedroht. Erfahrene Industrielle kommen aus Deutschland, Oesterreich, Tschechoslovakei und Amerika, um Kapitalien zu investieren, angesichts des Arbeitermangels müssen sie aber von der Einrichtung neuer Betriebe absehen. Die natürliche Entwicklung des Landes erfährt eine gefährliche Hemmung, die zu einer Lähmung führen kann. Die Regierung trage eine schwere Verantwortung. Sie möge dessen eingedenk sein.

#### Agudah protestiert gegen Einwanderungbeschränkung

Warschau. In Warschau fand eine außerordentliche Sitzung des Waad Hapoel der Agudahzentrale statt. Gegenstand der Beratung bildeten die von der Palästina-Regierung in jüngster Zeit ergriffenen Maßnahmen zur Einschränkung der Alijah nach Erez Israel. Der Waad Hapoel stellte fest, daß es sich hier um eine den Klal Jisroel betreffende Angelegenheit handelt und brachte in einer scharfen Entschließung seinen Protest gegen die Einwanderungseinschränkung zum Ausdruck. Die Protestresolution wurde der englischen Regierung und dem High Commissioner von Palästina zugesandt. Der Waad Hapoel hat ferner beschlossen, alle Agudah-Organisationen in den größeren Städten aufzufordern, Protestversammlungen abzuhalten und die gefaßten Resolutionen den verantwortlichen Stellen der Mandatarmacht zuzusenden. Die Vertreter der Agudah in den Gemeindevorständen wurden aufgefordert, bei der Fassung von Protestresolutionen der Gemeinden gegen die Einwanderungsbeschränkung mitzuwirken.





#### Sie predigen Wasser und trinken Wein...

Jerusalem. »Haaretz« berichtet, daß der Bürgermeister von Jerusalem, Ragheb Bey Nashashibi, der Führer der Delegation arabischer Bürgermeister, die jüngst beim High Commissioner gegen jüdische Einwanderung und jüdischen Bodenkauf protestierte, vor wenigen Wochen 5000 m² Land zu 250 Mills pro m² an einem Juden verkauft hat. Nashashibi habe somit bei diesem Geschäft den stattlichen Preis von etwa 2.200Dollar pro Dunam erzielt. Ferner hat der Burgermeister erst vor einem Monat Grundstücke im »Nashashibi-Viertel«, einer Vorstadt, die zum größten Teil im Besitz der Familie Nashashibi ist, Juden zum Verkauf angeboten.

### Noch ein paar Zahlen für den Kolonialminister....

**Jerusalem, 4. Dezember. Im "Doar Hajom" stellt Abraham Haruweni, ein Bruder des Präsidenten des Waad Leumi Ben Zwi, fest, dass von 1922 bis 1928 sich die Moslembevölkerung um 70.000, die christliche um 6000, von 1928 bis 1931 aber die Moslembevölkerung um 100.000, die christliche um 12.000 Seelen vermehrt hat. Der natürliche Zuwachs der nichtjüdischen Bevölkerung hätte nicht mehr als 42 000 ausmachen können, dieser wird aber um 100.000 Seelen überstiegen. Dies sei nur daaus erklärlich, dass Beduinen aus Transjordanien, Syrien, Irak, Hedschas und Ägypten eingewandert sind und Arbeitsplätze eingenommen haben. Eine gleiche Zahl sei in den Jahren 1932 und 1933 eingewandert. Diese Zustrom bilde einen wichtigen Faktor in der Berechnung d r arabischen „Arbeitslosigkeit", die bei der Bemessung der jüdischen Einwanderung von der Regierung mit ins Kalkül gezogen wird.**

### Milde Behandlung der arabischen Aufwiegler

**Jerusalem, 3. Dezember Das Gericht in Jerusalem setzte heute die Verhandlung gegen drei Midglieder der arabischen Exekutive, die als Führer der Jerusalemer Demonstration vom Oktober d. J. angeklagt sind, fort. Die Angeklagten verteidigten sich damit, daß ihnen nicht bekannt war, daß die Regierung Demonstrationen in der ganzen Stadt Jerusalem verboten hat, ihnen sei nur bekannt gewesen, daß die Demonstrationen vor dem Jaffa-Tor verboten seien, sie aber demonstrierten vor dem Neuen Tor und dem Damaskus-Tor. Die Warnungsplakate der Regierung hätten sie nicht gelesen. Sie seien es auch nicht gewesen, die die Menge zum Widerstand gegen die Polizei aufgereizt haben. Der Verteidiger der Angeklagten führte ebenfalls aus, niemand in Jerusalem habe gewußt, daß auch in der Altstadt Kundgebungen verboten seien, die von den Angeklagten geführte Demonstration war also legal gewesen.**

**Das Gericht sprach die Angeklagten schuldig, setzte aber die Urteilsverkündung aus, weil die Zulassung mildernder Umstände noch zu erwägen sei. Nach dieser Verkündung zerstreuten sich die Zuhörer, unter ihnen zahlreiche in schwarze Schleier gehüllte Moslemfrauen. Zu Zwischenfällen war es nirgends gekommen.**

#### Der Einwanderungsminister hat einen schlechten Abgang

Warschau, 1. Dezember. Das neue Mitglied der Zionistischen Exekutive, für die er das Einwanderungsamt der Jewish Agency leitet, Jizchak Grünbaum war, als er von Warschau nach Palästina abfuhr, am hiesigen Bahnhof das Objekt stürmischer Demonstrationen, die sich gegen ihn richteten. Die Warschauer Judenheit ist wegen seiner feindlichen Aeußerungen gegen die sogenannte »illegale« jüdische Eiinwanderung voll Erbitterung, der sie eben durch diese Kundgebungen Luft machte.

Die Warschauer Juden riefen dem abfahrenden Grünbaum »Verräter« und ähnliches zu. Einige Jugendliche warfen ihm faule Eier ins Abteil. Die Polizei mußte einige Verhaftungen vornehmen.

#### Hebräsche Zeitung in lateinischen Lettern

Die erste Nummer der von Ittamar Ben-Avi herausgegebenen hebräischen Zeitung »Deror«, in lateinischen Lettern gedruckt, ist erschienen. In lateinischer Schrift gedruckte Plakate kündigen in den Straßen von Tel Aviv die neue Zeitung an. Eine Seite der ersten Nummer ist noch in hebräischen Lettern gedruckt.

**Vladimir Jabotinsky:**

# Unrein!

1.

Unrein sind die Zertifikate der letzten »Schedule«, die uns die Mandatar-Büyokratie ins Gesicht geschleudert hat. Rührt sie nicht an, ihr jungen Leute und ihr Aelteren, schleudert sie jenen ins Gesicht zurück, die uns das Groschen-Almosen vorgelegt haben anstatt uns unser Recht zu geben. Schmeißt sie fort! Diesen Rat gebe ich nicht nur meinen Parteifreunden, sondern auch allen jenen Juden, die auf die Erlösung warten.

Machet nicht aus einem Stückchen persönlicher Erlösung ein Hindernis für die Erlösung von Volk und Land; vollzieht keinen Akt, den die Feinde unseres Ideals als Zustimmung zu deren Lehre deuten werden; tut es nicht, denn es wird sich nicht einmal für sich persönlich lohnen, da eine solche »Erlösung« nicht einmal eine Erlösung für einen einzelnen ist; eine solche Erlösung wird sich an euch selbst später einmal in Palästina rächen, wenn die Bürokratie eure »Zustimmung« ausnützen wird, um aus ihr jene Folgerungen zu ziehen, von denen sie träumt.

Indem ich das sage, weiß ich wohl, wie wenig Hoffnung vorhanden ist, daß Angehörige anderer Parteien meinen Worten Gehör schenken. Es ist nun einmal so bei uns: alle — ohne Ausnahme — dachten oder sagten in jenem Moment, als sie hörten, daß statt 24.000 Zertifikaten die Regierung nur 5000, (in Wirklichkeit nur 3000) bewilligt habe, man müsse dieses schändliche Päckchen den Gebern ins Gesicht schleudern! Und alle, alle denken in ihrem tiefsten Herzen auch jetzt so! Aber ihre Parteileiter sind blind und verstehen die Situation nicht, und diesen blinden Führern humpelt man nach, ohne auf den eigenen Verstand und das eigene Gewissen zu achten.

Gut, sie mögen tun, was sie wollen und die Folgen auf ihr Gewissen nehmen. Aber von meinen Parteifreunden wird sich kein einziger in die Nähe der Unreinheit begeben. Unter ihnen gibt es tausende junge Menschen, die monatelang die Freuden der »Hachscharah« ausgestanden und auf ihre »Chance« gewartet haben, wie man auf das größte Gewinst in der Lotterie des Lebens wartet; das ist ein riesengroßes Opfer, das wir von ihnen verlangen, eine bittere Enttäuschung, aber ich höre schon aus allen Ländern, daß sie überall bereit sind, mit tiefster Begeisterung dieses Opfer zu bringen und aus ihm einen entscheidenden Kampf gegen die unerträgliche herrschende Lehre zu gestalten, denn sie verstehen — dazu sind sie erzogen worden — daß jeder Kampf, der mit einem allgemeinen Sieg enden soll, mit persönlicher Opferleistung beginnen muß.

2.

Warum gerade die letzte »Schedule«? Ma nischtanah Schedule hasoth — warum ist sie schlimmer als die vielen vorhergehenden, die auch lächerlich klein waren und nicht boykottiert wurden — so wird gefragt.

Weil es einen großen Unterschied gibt. Weil uns bis jetzt noch niemals eine »Schedule« vorgelegt wurde, in der sich so klar die offizielle Tendenz wiedergespiegelt hatte, Zion und den Zionsgedanken zu verhöhnen.

Die Regierung hat bis jetzt immer gegen uns die Ausrede von der »ökonomischen Aufnahmsfähigkeit« Palästinas ausgespielt. Ein starker Einwand: wir selbst können ihn prinzipiell nicht leugnen. Es ist klar, daß ein Land nicht mehr Immigranten aufnehmen kann als es zu ernähren vermag. Dagegen behaupten wir, daß die Mandatarregierung keineswegs der beste Beurteiler über den Grad der »Aufnahmsfähigkeit« zu sein vermag, weil sie die Hauptsache nicht in Betracht ziehen will — die Wirkung unseres inneren Drangs, der von selbst das Land aufnahmsfähiger macht, ihm neues Kapital und neue Absatzmärkte bringt und eine riesige »Reklame« für seine Produktion schafft. Aber solange es einen Streit darüber gab, wer ein besserer Fachmann in politischer Oekonomie ist, wir Juden oder die Regierung, war unsere Position in dem Streit nicht so stark wie heute, da der ganze Streit überhaupt nicht mehr da ist.

Der ganze Streit ist jetzt nicht mehr da. Die Regierung mag auch weiterhin in die Welt schreien, das Land sei »nicht aufnahmsfähig«: niemand wird es ihr heute glauben, die Juden nicht und die christliche Welt nicht. Sie selbst, die Mandatarregierung, hat in den letzten Jahren unaufhörlich die Trommel gerührt, um Wunder über Wunder von Palästinas ökonomischer Entwicklung zu erzählen, natürlich, um sich der »denkwürdigen Erfolge der Mandatarmacht« zu rühmen, und dies Hinaustrommeln hatte vollen Erfolg: die »Prosperity« Palästinas ist das Sprichwort der ganzen Weltpresse geworden. Ich lese Zeitungen in fast einem Dutzend Sprachen, aus fast zwanzig Ländern, nichtjüdische Zeitungen, und es vergeht keine Woche, daß in einigen von ihnen nicht auf diese »Prosperity« hingewiesen würde und gerade auch auf die Kapazität des Landes zur Aufnahme einer Ueberfülle von Einwanderung; das wird heutzutage — ohne Veroder Bewunderung erwähnt, sondern als bekannte, schon lange erwiesene Tatsache.

Das ist jener Augenblick, da uns die Mandatar-Bürokratie 3000 Zertifikate statt 24.000 gibt. Womit sie uns ausdrücklich und deutlich sagen will: die »ökonomische Aufnahmsfähigkeit« war in der Tat nichts anderes als eine Ausrede; die Hauptsache, einfach und offen, ist, daß euere jüdische Einwanderung von unseren politischen Tendenzen und unserer arabischen Diplomatie abhängig zu sein hat.

Ich bin kein begeisterter Anhänger der Jewish Agency. Das Geringste und Zarteste, dessen ich sie beschuldige, ist ihre ständige, furchtsame »Mäßigkeit«. Aber gerade dieser organische Fehler der Agency macht die Sache besonders klar. Wenn sie, die Agency, sich eine Ruck gibt, 24.000 Zertifikate anzufordern, so bedetet das, daß das Land doppelt soviel aufnehmen kann. Und die Regierung weiß das; und darauf hat sie mit der letzten »Schedule« geantwortet. Die »Schedule« ist kein Visa-Päckchen. Sie ist eine politische Demonstration, und obendrein eine antizionistische.

In den Zeitungen stand, daß der Oberkommissar eine Delegation des Waad Leumi und aller Parteien empfangen habe, der er sagte: die Zahl der Juden in Palästina ist für ein »Nationalheim« groß genug, mehr ist nicht nötig, außer dann und wann wieder ein kleines Häufchen. Ich weiß nicht, ob seine Worte richtig wiedergegeben wurden; vielleicht nicht. Das ist unwichtig: er denkt so, das ist sein Standpunkt und der Standpunkt der Mandatar-Regierung, und er hat das besser als in Worten zum Ausdruck gebracht, er hat es in der »Schedule« festgehalten, die in einer Zeit der »Prosperity« einerseits und in einer Zeit grausamster jüdischer Not anderseits eingelangt, keine andere Bedeutung haben kann.

3.

Die »Schedule« annehmen, heißt deren Bedeutung ebenfalls gutheißen. Und das nicht verstehen, heißt willig und absichtlich blind sein. Jeder von euch versteht das in seinen privaten Dingen. Wenn jemand von einem Nachbar tausend Dollar zu verlangen hat und dieser ihm antwortet: ich bin dir nichts schuldig, aber zehn Dollar kann ich dir geben, so wird dieser jemand nicht so dumm sein, um ein solches Geschenk anzunehmen, denn dadurch würde er ja nur seines Nachbars Erklärung, daß eine Schuld nicht bestehe, bestätigen.

Noch mehr: stellen wir uns vor, daß der Nachbar anders spricht, daß er sagt: ja, ich habe dir versprochen, dann und wann Geld zu geben, aber wieviel jedes Mal und wann, das zu bestimmen, obliegt mir und nicht dir. Du verlangst einen Tausender? Ich sage: einen Dollar bekommst du, und dabei bleibt es! Auf solche Worte hin wird jeder von euch — in seinem privaten Leben — dem Antragsteller den Dollar ins Gesicht schleudern. Denn, täte er es nicht, so anerkennte er damit, daß das Recht der Ausmaßebestimmung der »Schuld« nicht ihm, sondern dem Nachbar zustehe.

Und die Gesetze des politischen Lebens sind von den Gesetzen des privaten Verkehrs nicht weit entfernt. So deuten es die Engländer selbst. Wir haben schon so einmal zweimal die »berühmte« Londoner Zeitung »Near East and India« gelesen. (Ich schreibe berühmt unter Anführungszeichen, denn in London selbst weiß kein Mensch, daß eine solche Zeitung existiert, aber bei uns Juden ist sie deshalb bekannt, weil ihr Redakteur immer bös und aufgeregt ist und »Nein« sagt). Wir haben dort oft solche Worte gelesen: die Jewish Agency hat die Kaufmannsgewohnheit, zehntausende Zertifikte zu fordern, wobei sie sehr gut weiß, daß das ökonomisch unmöglich ist, und der Clou ist, daß sie sich mit einem Viertel oder Zehntel begnügt und dafür sogar dankbar ist.

4.

Im gegenwärtigen historischen Augenblick ist es einfach ein Verbrechen, daß wir selbst England das Recht zu solch unvermeidlichem Kommentar geben.

Daß dieser historische Augenblick eigenartig und beispiellos ist, darin sind sich alle einig. Sprecht sogar mit dem schlimmsten Antizionisten, so wird er euch fragen: Was wollt ihr tun? Denn getan muß doch etwas in so beispielloser Zeit werden! Jeder versteht, daß mit dem Anwachsen des Antisemitismus in allen Ländern, bei allen Völkern auch das Bewußtsein erstarkt, daß das jüdische Problem ein für allemal gelöst werden muß und daß die einzige Lösung ein eigener Staat für die Juden ist, und das einzige Land für diese Lösung Palästina. Alle warten darauf, daß wir Juden in dieser Richtung »etwas tun«, irgendeinen außerordentlichen Schritt unternehmen, der die Palästinafrage vom absurden toten Punkt wegbringt, auf den sie vom traditionellen Leichtsinn der englischen Politik gehalten wird. Das Wort »Petition« wird in allen Kreisen von Tag zu Tag populärer; und ich kann das Versprechen abgeben, daß es nicht mehr lange nur ein Wort bleiben wird. In einem solchen Augenblick, da alles von uns einen Schritt des Kampfes gegen den Feind der jüdischen Einwanderung erwartet, mit einem Akt zu beginnen, der nicht mehr und nicht weniger als eine Sanktionierung der Lehre des Feindes bedeutet, das ist schlimmer als ein Verbrechen: es ist eine idiotische Dummheit.

Nun, jene zumindest, die die ersten waren, in das jüdische Bewußtsein den Gedanken zu tragen, daß der Tag für eine große politische Offensive kommen werde, jene zumindest, die sich zur Führung dieser Offensive bereit halten, um Millionen nach Palästina sich Sehnender mitzureißen — jene zumindest dürfen sich in einem solchen Augenblick nicht in die Nähe der Unreinheit begeben; sie müssen reine Hände haben, um morgen jenen Millionen sagen zu können:

Zu einer Zeit, da man euch im Kerker hält, haben auch wir beschlossen, das Opfer zu bringen und im Kerker zu bleiben; und nun wollen wir gemeinsam darangehen, um die Kerkertore zu sprengen.

5.

Aber außer Politik gibt es auf der Welt immerhin noch ein »Ethos«, eine gesellschaftliche Ethik. Wie sieht es nun vom Standpunkt der Ethik aus, wenn in einem solchen Augenblick solche Zertifikate angenommen werden?

Seit langem ist die Zeit vorüber, da es eine Art persönlicher Heldentat war, nach Palästina zu emigrieren, ein Akt des Sich-Lossagens von Lebensbequemlichkeiten im Namen pionierhafter Opferleistung. Heute lebt man hier schlecht und in Palästina besser. Wer dorthin fahren kann, der kommt sich als Glücklicher vor. Wie sieht es nun, »ethisch« betrachtet aus, wenn von zwei Parteifreunden, die ein Jahr lang im selben Gedud-Hachscharah verbrachten, der eine plötzlich »glücklich« wird und der andere, der das gleiche Recht hat, enttäuscht und mit gesenktem Haupt von dannen ziehen muß, besonders wenn dieser »andere« nicht nur einer, sondern sechs, ist: 24.000 hatten sich zum Fahren bereit gehalten und nur 3000 werden hereingelassen!

Es ist natürlich nicht das erste Mal, daß ein solches ethisches Problem entsteht. Das gleiche verspürten die »Glücklichen« bei jeder früheren Zertifikaten-Alijah, und in gewissem Maße wird es immer so sein: alle auf einmal können nicht herein, es muß eine bestimmte Reihenfolge eingehalten werden. Aber bis jetzt war es noch nie so klar, daß es sich nicht um die »Reihenfolge« handelt, um Juden hereinzulassen, sondern darum, sie nicht hereinzulasen, mit einigen Ausnahmen, die der Nichthereinlasser in höchsteigener Person selber bestimmt und du, du »Glücklicher«, hast die Ehre, die Ausnahme zu bilden kraft des Feindes besonderer Gnade. Ethische Dinge sind nicht mathematisch zu beweisen, und es ist auch gar nicht nötig; wer in seinem Herzen dafür Sinn hat, versteht es, wer nicht, mit dem ist nicht zu diskutieren. Ich würde mich in einem solchen Fall schämen, meinem Freund in die Augen zu sehen, wenn er einen solchen Gedanken angenommen hat.

Aber das ist nicht alles. Es gibt da noch, wie Gott es nun will, eine weitere Komplikation. Heute hat man ja schon begonnen, Juden aus Palästina einfach zu vertreiben. Es vertreibt sie dieselbe Macht, die dich hereinläßt. Bist du besser als sie? Hast du ein größeres Recht auf ein »Heim«? Nein, Willkür ist es seitens eines Dutzends von Dummköpfen, die sich selbst des Kokettierens mit den Arabern halber das Grab schaufeln. Und du, du fährst, du steigst in Jaffa vom Schiff herunter und begegnest einer Abteilung von Vertriebenen, die die Polizei zu demselben Schiff führt, zu deinem Schiff, und sie sehen dir verzweifelt in die Augen, aber du, du wirst es nicht wagen, ihnen in die Augen zu sehen.

Beneidet sie nicht, ihr meine jungen Freunde, jene »Glücklichen«, die die Zertifikate der Verrat-»Schedule« annehmen werden. Sie sind gar nicht »glücklich«, im Gegenteil, man macht sie unglücklich. Jahrelang wird man auf sie in Palästina mit den Fingern weisen: hier ist einer von jenen, die unter Begleitung vom Gewein der Vertriebenen ins Land gekommen sind, und derselbe Polizist, der jene vertrieben hat, hat diesen hereingelassen.

Josef Trumpeldor würde nicht einmal ein Gasthaus betreten haben, kein Hotel und kein Haus einer bekannten Familie oder eines besten Freundes, wenn vom Gewinn der Vertriebenen ins Land gekommen sind, unschuldig vertrieben. Er würde zunächst in seiner ruhigen und würdigen Art von dem Einlader verlangen: mache das Unrecht wieder gut, so werde ich eintreten; wenn nicht, nun, es wird eine Zeit kommen, da ich mit Gewalt deine Tür erbrechen werde, um mit meinem vertriebenen Bruder zusammen einzutreten; aber durch deine Gnade hereinzugehen, dich wählen zu lassen, wen du willst — nein! Deshalb hat Trumpeldor im Jahre 1914 sich von den Türken aus Palästina vertreiben lassen, obwohl dieselben Türken ihm al-

erlei Vorteile in Aussicht stellten, wenn er sich »ottomanisieren« wolle. Er beschloß: von einer Regierung, die meine Brüder aus einem Land vertreibt, das Erez Israel heißt und das sie aus einer Wüste zu einem Garten gemacht haben, nehme ich keine Gnade an. Ich werde zurückkommen — aber anders!

6.

Es wäre natürlich viel besser, wenn alle zionistischen Parteien, und nicht nur eine, einstimmig die Verrat-Zertifikate zurückwiesen. Es wäre dies eine gewaltige Manifestation; es würde die Regierung an Ort und Stelle zwingen, ihren Beschluß zu revidieren — es wäre ein Präzedenzfall dafür, daß die Regierung nicht allein die Immigrantenanzahl bestimmen dürfe.

Aber sie, die anderen Parteien haben es anders beschlossen. In unseren alten Büchern gibt es ein schönes Wort: dort, wo es keinen Menschen gibt, mußt wenigstens du dich wie ein Mensch benehmen, und wie ein Jude.

Und beneidet sie nicht, die Verrat-Chaluzim der Verrat-»Schedule«! Sie wissen es selbst noch nicht, welche Zersetzung in ihren eigenen Reihen die Zustimmung bringen wird, die sie der Mandatar-Regierung und ihrer Lehre zu geben beschlossen haben. Am Tage ihrer »Alijah« werden sie in den Augen aller ihrer enttäuschten, aller zurückgebliebenen Genossen die Worte lesen: ein feiner Patron bist du, ein feiner »Chawer«! Sieh die Revisionisten an und die Betarim — das ist ein Vorgehen wirklicher Menschen! Und im dunklen Parteileben werden sie zum ersten Mal den tiefen Sinn unseres Wortes »Hadar« verspüren; und sie werden begreifen, daß »Hadar« nicht nur ein individueller Vorzug ist, sondern auch eine große politische Kraft.

Ihre Zustimmung wird sie zersetzen. In jedem Gedud Hachscharah, bei jedem Partei-Zirkel-Tisch wird von ihrem Verrat gesprochen werden — ihre eigenen »Chawerim« gerade werden davon sprechen und einander mit dem revisionistischen Beispiel aufwarten. Und wenn die Petitionsbewegung hervorbrechen wird, die ihr, meine jungen Freunde, erhobenen Hauptes werdet anführen können, denn ihr habt das häßliche Almosen nicht angenommen, werden sie verschämt nachhumpeln müssen.

---

### Schwerste Ausschreitungen gegen Juden

Jassy, 28. November. Im jüdischen Viertel von Jassy ist es zu schweren Ausschreitungen der Eisernen Garde gekommen, die erst durch Eingreifen von Militär unterdrückt werden konnte. Die der Eisernen Garde angehörenden Studenten, die in den letzten Tagen wiederholt Kundgebungen veranstaltet hatten, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, hatten sich in ihrem Verbandsheim verbarrikadiert und warfen aus den Fenstern Sprengkörper auf die von der Polizei abgesperrte Straße. Nachdem ihre Forderung nach freiem Abzug von der Polizei abgelehnt worden war, versuchten etwa 2000 Studenten den Polizeikordon zu durchbrechen und ihre im Heim eingeschlossenen Kameraden zu befreien. Dieser Versuch mißlang. Daraufhin zogen die Excedenten in das jüdische Viertel, drangen in jüdische Geschäftsläden und Häuser ein und mißhandelten jüdische Passanten. 200 jüdische Häuser wurden bei diesem Ueberfall geplündert. Die Vertreter der Behörden, die sich den Studenten entgegenstellten, wurden tätlich bedroht, wobei das Auto des Staatsanwaltes Pogona zertrümmert und der Staatsanwalt selbst verletzt wurde. Da die Unruhen einen immer bedrohlicheren Umfang annahmen, mußte die Polizei und Gendarmerie durch Militärabteilungen verstärkt werden. Es entwickelte sich im jüdischen Viertel eine regelrechte Straßenschlacht, bei der drei Mitglieder der Eisernen Garde erschossen und zahlreiche verletzt wurden. Auch ein Jude wurde im Verlauf der Unruhen getötet. Die Zahl der jüdischen Verletzten ist bisher noch nicht bekannt. Den Demonstranten war es auch gelungen, in das Haus des Staatssekretärs im Innenministerium Diamandi einzudringen. Die Einrichtung wurde vollkommen zertrümmert. Diamandi hatte kurz vorher schärfste Maßnahmen gegen die Rechtsradikalen angekündigt.



### Jüdische Reichspartei Rumäniens und die Wahlen

Das Zentralkomitee der jüdischen Reichspartei gibt bekannt: »Nach Anhörung des Berichtes des Parteipräsidenten Dr. Theodor Fischer über das Ergebnis der mit den rumänischen Parteien gepflogenen Verhandlungen und nach einer Debatte, welche den ganzen Nachmittag geführt wurde, hat das Zentralkomitee den Beschluß gefaßt, mit einer gesonderten jüdischen Liste in den Wahlkampf zu treten. Die jüdische Reichspartei wird in 50 Bezirken Listen anmelden«.

## Bemerkungen zur Parlamentsfrage in Palästina

Der nachstehende Aufsatz unseres Mitarbeiters stellt einen Beitrag zur allgemeinen Diskussion über das antizionistische Parlamentsprojekt in Palästina dar und will als persönliche Meinungsäußerung des Verfassers gewertet werden.

Es gibt in der Geschichte der Völker zwei Arten politischer Bewegungen. Die eine ist die epimetheische. Sie schaut zurück. Sie erfaßt in erster Linie das Gewesene und Gegenwärtige und ist statisch. Elemente bewußter Dynamik sind in ihr nicht vorhanden. Sie sucht etwas zum Ausdruck zu bringen, was zeitlich schon hinter ihr liegt, oder was gerade jetzt geschieht. Dadurch, daß sie bei der Gegenwart verbleibt, kann sie vielleicht den momentanen Zustand genauer erfassen und wiederspiegeln, aber der Blick für die Zukunft, die Fähigkeit, sich ein Ziel zu setzen und die Kraft, den Weg zu diesem Ziel zu betreten, fehlt ihr! Zu tief sind ihre Grundlagen im Vergangenen oder im Gegenwärtigen verankert. Solche epimetheische Bewegungen sind Liberalismus und Sozialismus mit ihren politischen Formen, dem Parlamentarismus. Das Prinzip des Parlamentarismus ist das des Beharrens. Er soll den Zustand einer Gesellschaft wiedergeben. In dieser statischen »Tätigkeit« erschöpft sich seine Aufgabe, und hier kommt der volle Widerspruch der nichtorganischen soziologischen Auffassung zu Tage, da jedes Volk — will es nicht dem Untergange geweiht sein — dynamische Ziele verfolgen muß.

Auch der geschichtliche Materialismus ist epimetheisch. Er wirkt sich wie eine Art »Laissez faire-laissez passer-Doktrin«, vom Wirtschaftlichen ins Geschichtliche übertragen, aus. Bewußte Dynamik, bewußte Richtunggebung fehlt ihm vollkommen. Es ist kein Zufall, daß sich der Sozialismus, zur Erklärung der gegenwärtig auf ihn niederfallenden Schläge immer wieder auf ähnliche geschichtliche Ereignisse beruft, sie zu Gleichnissen heranzieht, um aus ihnen tröstende Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. In diesem Zurückschauen des Sozialismus offenbart sich seine ganze Ziel- und Planlosigkeit. Es offenbart sich die Machtlosigkeit des liberalistisch-sozialistischen Systems der Zukunft gegenüber, dessen Unfähigkeit einer Zielsetzung erstrebenswerter Ideale. Diese tiefe, in der Ideologie wurzelnde Schwäche wird praktisch sichtbar, wann immer und wo immer Sozialisten ans Ruder kommen. Ihre Regierungen zeichnen sich durch völlige Programmlosigkeit und Mangel an charakteristischer Zielpolitik aus.

Aber auch diese epimetheische Aufgabe kann der Parlamentsapparat heute nicht mehr erfüllen. Er erschöpft nicht alle Erscheinungen des heutigen sozialen und politischen Lebens der Völker. In den letzten Zeiten sind strukturelle Wandlungen in den Volksorganismen eingetreten und haben Erscheinungen hervorgerufen, die auf keine Weise in die vom Parlamentarismus gebotenen Rahmen hineinpassen. Es sind Probleme und Konflikte entstanden, die mit parlamentarischen Methoden absolut nicht zu lösen sind. Die Unfähigkeit, die entstandenen Schwierigkeiten zu meistern, kommt in jenen Ländern, in denen der Parlamentarismus noch nicht abgeschafft wurde, durch Spaltung oder Untergang alter Parteien, durch vorzeitige Neuwahlen, durch immer häufigere Kabinettkrisen u. ä. m. zum Ausdruck.

Die Erkenntnis von der Ueberlebtheit doktrinär-parlamentarischer Methoden hat sich in erstaunlich kurzer Zeit über Europa und Amerika verbreitet und in der ganzen Welt Widerhall gefunden (nur die Palästina-Regierung hat anscheinend davon nichts gehört). Da der High-Commissioner in Palästina vom Parlament gesprochen hat, ist es bemerkenswert, daß es gerade in England an Stimmen nicht mangelt, die den Parlamentarismus als solchen verurteilen. Daß die Stimmen aus dem Lager der Labour Party stammen, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Sir Stafford Cripps stellt in seiner Schrift »Probleme einer sozialistischen Regierung« die These auf, daß die Sozialisten, sollten sie bei den nächsten Wahlen einen Sieg davontragen, von der Kammer ein zeitlich unbegrenztes Ermächtigungsgesetz für das von ihnen gebildete Kabinett fordern werden. Für den Fall eines Widerspruches seitens des Oberhauses sollen vom König solange neue Mitglieder ernannt werden, bis die Regierung eine Mehrheit erlangt haben wird. Sollte der König sich weigern, dann sind auch diese zwei Faktoren auszuschalten, beziehungsweise außer Acht zu lassen. Selbst in Frankreich, dem »letzten Schützengraben der Freiheit«, erschallt der Ruf nach autoritativer Führung und Aufgeben des bisherigen Kurses immer stärker. Das war ja der Grund für den Abfall der Renaudel-Gruppe von der sozialistischen Partei.

So geht mit schnellen Schritten eine Epoche ihrem Ende entgegen, die für das Judentum von gewaltiger Bedeutung war. Der reaktionäre Antisemitismus identifiziert geradewegs das Judentum mit Liberalismus, was natürlich auf Ignoranz, bösen Willen und andere Eigenschaften der antisemitischen »Wissenschaft« zurückzuführen ist. Ein Blick auf die Geschichte der letzten Jahrhunderte zeigt klar, wo die Quellen des Liberalismus zu suchen sind. Nur andeutungsweise möchte ich in diesem Zusammenhang auf die englischen Empiriker (Bacon, Locke, Hume, Mill u. a.), die französischen Enzyklopädisten (d'Alembert, Diderot, Voltaire, Montesquieu, Rousseau u. a.), und Libertins und die deutschen Aufklärungskünder (Friedrich der Große, Lessing u. a.) hinweisen. Findet man da viele Juden? Voltaire, bestimmt die leuchtendste Gestalt unter diesen Freigeistern, ein Freund Friedrichs des Großen, der ihn einige Jahre bei sich auf dem Hofe als Gast hielt, nannte die Juden »une horde opiniatre«, d. h. eine starrsinnige Horde. Genetisch haben Judentum und Liberalismus nichts gemeinsames; die soziale Befreiung, die der Liberalismus dem Judentum brachte ist der springende Punkt des ganzen Problems. Die psychologische Assoziation, die den Begriff der Befreiung mit dem Begriff Liberalismus verbindet, hält bei einem großen Teil des Judentums noch an und versperrt ihm den Weg zu einem gesunden, nationalen politischen Bekenntnis, obwohl andere Gemeinschaften, die auch ihre Befreiung dem Liberalismus verdanken, sich schon lange von ihm losgesagt haben und vorwiegend in eigenen Lagern stehen: ich meine die Bauernschaft aller Länder. Das Festhalten an dieser Vorstellung seitens der Juden zeigt von Kurzsichtigkeit und unrichtiger Einschätzung aktueller politischer Tendenzen der Völker. Uebrigens ist es hier nicht unangebracht, auf das merkwürdige Verhalten der englischen Liberalen und Sozialisten gegenüber Nazi-Deutschland hinzuweisen. Der Engländer Wickham Steed sagte in einer Rede vor der amerikanischen Handelskammer in London:

»In den letzten 4—5 Monaten haben sich in Deutschland Dinge ereignet, die, wären sie vor dem Kriege auf dem Balkan geschehen, die tiefste Empörung in ganz Englnad hervorgerufen hätten... Aber es ist nicht ein Wort seitens unseres Premier-Ministers gefallen, um diese verabscheuungswürdigen Taten gegen Juden, Liberale und Katholiken zu brandmarken. Ich hätte von Regierungen, die auf dem Grundsatz der Freiheit stehen, eine übereinstimmende Deklaration erwartet, daß diejenigen, die die Freiheit mit Füssen treten, nicht auf uns rechnen können«.

Er hätte lange warten können. Der erste, der für die Vorkommnise in Deutschland Worte schärfster, vernichtender Kritik im englischen Parlament gefunden hatte, war — Austen Chamberlain, ein Konservativer. Der erste, der persönlich und aus eigenem Antrieb zu Hitler zog, um ihn zur europäischen Mitarbeit einzuladen, war — Henderson, Führer der Labour Party und Vorsitzender der Abrüstungskonferenz. Aber es kam noch besser, und das mögen sich liberale jüdische Kreise besonders merken.

David Lloyd George, dessen Name fast zum Symbol des freiheitlichen politischen Gedankens geworden ist, hat im Unterhaus im Verlauf der außenpolitischen Debatte in den ersten Novembertagen ganz unverblümt für Nazi-Deutschland Partei ergriffen. So unglaublich, so erschütternd diese Nachricht klingen mag; er fand kein Wort der Verurteilung der grausamen Vorgänge, er sah nicht, daß unsägliches Unglück über Scharen unschuldiger Menschen herangebrochen ist, daß mehr Juden durch Selbstmord um ihr Leben gekommen sind als in allen Pogromen östlich der Oder, gegen die er einst protestierte, er hatte nur eine Sorge: Deutschland hat kein einziges schweres Geschütz.

Der Ausflug in die Theorie und Praxis des Parlamentarismus war notwendig, um jenen Teil der jüdischen öffentlichen Meinung aufzurütteln, der aus »prinzipiellen« Gründen auf »streng demokratischer Basis« steht und auf den das Wort »Parlament« wie ein Fetisch wirkt. Für uns ist die Sache klar. Es wäre unsinnig und hieße gegen den Geist der Zeit vorgehen, wollte man in Palästina ein Parlament oder etwas ähnliches errichten. Daß es die Araber wollen, ist nicht verwunderlich. Durch das numerische Prinzip, auf dem alle Parlamente aufgebaut sind, würden sie die Oberhand gewinnen und eine Vorherrschaft behaupten können. Wir haben ja nur einen Rektor der hebräischen Universität, und sie haben hunderttausende Fellachen. Hier zeigt sich kraß, zu welchen Ungerechtigkeiten die doktrinäre Anwendung des parlamentarischen Prinzips führen kann. Ich möchte nicht übertreiben, aber das wird man doch objektiverweise zugeben müssen, daß das jüdische Element in Palästina als ökonomischer, technisch - zivilisatorischer und kultureller Faktor wenigstens soviel bedeutet wie das arabische. Es zählt wenig, aber es wiegt viel! Seine Bedeutung auf allen erwähnten Gebieten kann aber heute in einem Parlament nicht zum Ausdruck kommen. Es wäre politisch zur Ohnmacht verurteilt.

Diesem Problem stellt sich der zionistische Revisionismus als eine nach vorwärts drängende Bewegung entgegen. Sie hat prometheischen Geist in sich. Die jüdische Geschichte ist ihr ein heiliger Born, aber ihr Blick ist nach vorn gerichtet gegen ein Ziel, wie einst der Blick des Volkes Israel gegen die Feuersäule. Der zionistische Revisionismus hat nur eine Sehnsucht und ein Streben, er kennt nur einen politischen Glauben, anerkennt nur eine Diktatur: die Idee des Judenstaates. Alles was zu diesem Ziel führt, bejaht er, alles was sich ihm auf dem Wege dahin entgegenstellt, muß überwunden werden. Auch ein palästinensisches Parlament.

M. E. Deis.

# Revisionistische Welt-Bewegung

## Revisionistische Landeskonferenz in Bulgarien

Am 26. und 27. November hielt der revisionistische Landesverband in Sofia seine dritte Landeskonferenz ab. Dieser Konferenz, der ersten, die die Aufgabe hatte, dem Revisionismus in Bulgarien eine festgefügte Organisation zu schaffen, wurde von der ganzen jüdischen Oeffentlichkeit des Landes größtes Interesse entgegengebracht, da der bulgarische Landesverband nach den Ereignissen auf dem Weltparteirat der Revisionisten in Kattowitz Neutralität proklamiert und bis zu dieser Landeskonferenz auch bewahrt hatte. Die revisionistische Weltexekutive in Paris schenkte aus diesem Grunde der Konferenz großes Interesse und entsandte als ihren Vertreter Herrn Dr. David Buckspan (Wien).

Die Konferenz begann am 26. November um 10 Uhr vormittags. Herr Leon Radbil, der älteste Revisionist Bulgariens, der mit Herzl in Beziehungen stand, hielt mit leiser, aber von jugendlichem Feuer getragener Stimme die Eröffnungsansprache, worauf sich das Präsidium mit Herrn Adolf Josifoff als Präsidenten konstituierte. Unter den Begrüßungen sind ein Telegramm des Königs von Bulgarien, ein Brief der Sofioter jüdischen Gemeinde und eines Vertreters des Makkabiverbandes hervorzuheben. Nach einer Gedächtnisrede für den kürzlich verstorbenen Gründer der revisionistischen Bewegung in Bulgarien wurde der Bericht des abtretenden Exekutivkomitees und über die Wahlen zur Konferenz erstattet.

Herr Arditti hielt in der Nachmittagssitzung ein Referat über das Verhältnis der Revisionisten zur Zionistischen Organisation, Herr Radsivilovsky ein Koreferat zum gleichen Thema. Unterdessen war der von einem Mitglied des Exekutivkomitees und einem Vertreter des bulgarischen Betar vom Bahnhof abgeholte Vertreter der revisionistischen Weltexekutive Dr. Bukspan erschienen, der mit einmütigem Beifall empfangen wurde. Ueber Alijah und Hachscharah sprach Herr Dr. Max Menachemoff, über das Verhältnis des revisionistischen Landesverbandes zu den jüdischen Institutionen Bulgariens Herr Dr. S. Mezan, über Jugendbewegung Herr Franko.

Um 10 Uhr abends hielt Dr. Bukspan das politische Referat. In zweistündiger, überzeugender Rede, von minutenlangem Beifall unterbrochen, führte der Redner die Lage des Judentums vor, entwickelte die Aufgaben des Revisionismus und bereinigte die innerpolitischen Angelegenheiten (Spaltung).

Die Konferenz wählte sodann eine Kommission, die beim englischen Gesandten in Sofia vorzusprechen und gegen die letzte Immigrationsverordnung der Palästina-Regierung zu protestieren hatte. In den darauffolgenden Generaldebatte kam der einmütige, mit den Referenten übereinstimmende Standpunkt der Konferenz zu Tage.

Am nächsten Tag arbeiteten die Kommissionen. Am Abend began die Plenarsitzung, die das Statut annahm. Laut Artikel 1 ist der Landesverband Bulgariens ein unzertrennlicher Teil der revisionistischen Weltunion. Im Artikel 6 findet die Disziplinbestimmung der Weltunion ihren Ausdruck. Beide Bestimmungen wurden einstimmig angenommen. Somit hat der bulgarische Landesverband seine Neutralität aufgegeben und ist geschlossen in die Weltunion eingetreten.

Es wurden ferner über die Resolutionen und das Budget abgestimmt und das Exekutivxomitee unter Vorsitz von Adolf Jossifoff mit den Herren Arditti, Buko Bassan, Willy Teplitzky, Dr. Marko Gerschon, gewählt.

Nachdem nun der Landesverband beschlossen hatte, sich der Weltunion anzuschließen, verließen die beiden Großmann-Anhänger Herr Radsivilovsky und Herr Hulu die Konferenz, von denen der erstere die Erklärung abgab, keine andere Gegenorganisation gründen zu wollen.

Der Delegierte Herr Grünberg gab im Namen einiger Delegierter, die bis nun der Großmann-Richtung sympatisch gegenüberstanden, eine Erklärung ab, wonach sie alle im Landesverband und daher auch in der Weltunion verbleiben. Somit endete die Konferenz nicht mit einer Spaltung, sondern mit in voller Einigkeit beschlossenem Beitritt zur revisionistischen Welt-Union.

Es ist festzustellen, daß die Herren Dr. Bukspan, Dr. Mezan, B. Arditti und A. Jossifoff viel dazu beigetragen haben, daß die Konferenz die Einigkeit und Geschlossenheit des bulgarischen Landesverbandes behalten hat. Der bulgarische Landesverband ist aus dieser Konferenz also einig und stark, reif und organisatorisch gefestigt hervorgegangen. Jetzt sieht sich der bulgarische Landesverband in der Lage, die Aufgaben des Revisionismus im Sinne seines Wesens als großer jüdischer Volksbewegung zu bewältigen.

### Staatszionistische Organisation in Deutschland

Die staatszionistische Organisation Deutschlands, die Nachfolgerin der Union der Zionisten-Revisionisten Deutschlands, hat in letzter Zeit einen ungeheueren Aufschwung zu verzeichnen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Berlin. Hier war z. B. die jüngste, von der Organisation veranstaltete Kundgebung von mehr als 2000 Menschen besucht, wobei mehrere hundert wieder umkehren mußten, da die Musikerfestsäle Berlins, wo die Kundgebung stattfand, die Menschenmenge nicht fassen konnten.

Die staatszionistische Jugend, die Nachfolgerin des Berit Trumpeldor Deutschlands, zeigt ein gleiches Entwicklungstempo. Sie hat innerhalb des letzten Monats einen Zuwachs von hundertzehn Betarim zu verzeichnen. Für den jüngsten Aufmarsch der staatszionistischen Jugend erwies sich ein Saal, der 3000 Personen faßt, als zu klein.

Welche Anziehungskraft die staatszionistische Organisation heute besitzt, beweist die Tatsache, daß eine ganze Bezirksgruppe der Berliner Zionistischen Vereinigung, die Ortsgruppe Jannowitzbrücke, ihren Anschluß an die staatszionistische Organisation vollzogen hat.

Auch die innere organisatorische Konsolidierung der Organisation schreitet fort.

### Der Zionistische Landesverband in C. S. R.

hat den kommenden Monat (Januar 1934) zum Monat der Mitgliederwerbung proklamiert. Im ganzen Land wird eine großzügige Mitgliederwerbeaktion durchgeführt werden.

Im letzten Monat ist die Vorarbeit in dem Sinne bereits geleistet worden, daß die Herrn Dr. O. Rabinowicz und Dr. L. L. Gottesmann in den verschiedensten Städten eine Reihe von sehr wirkungsvollen und erfolgreichen Vorträgen abhielten.



## An unsere Abonnenten und Verschleisser in Deutschland!

Der Vertrauensmann und ehrenamtliche Vertreter für unser Blatt in Deutschland ist Herr Adolf Hirschfeldt, Berlin C2, Rosenstraße 17. Bestellungen für unser Blatt und Zahlungen sind ausschließlich an obige Adresse zu richten, beziehungsweise auf das Postscheck-Konto Berlin Nr. 72044. — Wir bemerken ausdrücklich, daß einzig und allein Herr Adolf Hirschfeldt für unser Blatt in Deutschland bevollmächtigt ist.

Die Administration.

### Neue Fabriksgründungen in Tel Aviv

In letzter Zeit sind in Tel-Aviv folgende Fabriken eröffnet worden: Eine Fabrik für Büroartikel, wie z. B. Schreibmaschinen-Farbbänder, Tinte, Karbonpapier, Stempeltinte, Klebstoff usw., ferner eine neue Roheisfabrik und eine Fabrik für Fruchtkaffe. Dieser Kaffee wird aus 30 verschiedenen einheimischen Fruchtarten, insbesondere aber aus gedörrten Feigen und Datteln hergestellt.

### Maschineneinfuhr

Infolge der starken industriellen Entwicklung Palästinas ist in der letzten Zeit der Import von Maschinen, die bekanntlich zollfrei eingeführt werden, wieder stark angewachsen. Im Zusammenhang damit sei bemerkt, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1933 allein Elektro- und Oelmotore, Ziegel-, Druckerei-, Textil-, Eis-, Sodawasser-, Buchbinder-, Näh-Holz- und Steinbearbeitungsmaschinen, Pumpen und sonstige Maschinen im Werte von annähernd 223.000 Pfund eingeführt worden sind. In den ersten sechs Monaten 1932 betrug der Import solcher Maschinen 97.000 Pfund.

### Jordan Elektrizität auch in Nazareth

Nachdem auch die Stadt Akko trotz des Widerstandes gewisser arabischer Kreise elektrischen Strom vom Rutenbergwerk am Jordan bezieht, ist nun auch nach längeren Verhandlungen ein Elektrizitätslieferungsvertrag zwischen der Palestine Electric Corporation und dem Magistrat von Nazareth zum Abschluß gekommen. Man rechnet damit, daß schon Ende dieses Jahres Nazareth elektrisches Licht erhalten wird.

Ein kürzlich aus der Tschechoslowakei eingewanderter Jude eröffnet demnächst in Petach-Tikwah eine Fabrik zur Herstellung von Heften, Kuverts, Tüten, Geschäftsbüchern und anderen Papierwaren. Das Fabriksgebäude ist schon errichtet. In einem Monat dürfte die Fabrik betriebsfertig sein.

### Banken-Kontrolle

Unter dem Vorsitz des Leiters des Schatzamts, Herrn Johnson, fand kürzlich die erste Sitzung eines Regierungs-Sonderausschusses statt. Dieser Ausschuß soll Maßnahmen beraten, um die Anzahl der Kleinbanken in Palästina zu reduzieren. Ferner soll ein genaues Kontrollsystem über diese Banken errichtet werden.

### Die Beschäftigung im Handel

Jerusalem. Eine von der Jewish Agency unter der jüdischen Bevölkerung durchgeführte Enquete zeigt, daß 18,3% der palästinensischen Juden im Handel beschäftigt sind. Wenn man damit den Prozentsatz der Juden vergleicht, die in der Galuth in Handelsberufen tätig sind, so bedeutet dies ein viel geringer Prozentsatz. Im Vergleich zu der nichtjüdischen Bevölkerung im Auslande ist diese Zahl hoch. Es sind z. B. in England nur 6. v. H. und in Deutschland nur 5% der Bevölkerung im Handel beschäftigt.

### Die Einfuhr im Jahre 1933

Das Zolldepartement hat kürzlich die Ergebnisse des palästinensischen Außenhandels für die erste Hälfte des Jahres 1933 veröffentlicht. Danach wurden in dieser Periode dach Palästina Waren im Werte von über 4.935.000 LP. eingeführt, während in der ersten Hälfte des vorigen Jahres Waren im Werte von annähernd 3.157.000 LP. eingeführt wurden. (Der Gesamtimport 1932 betrug 8.121.000 LP.). Das bedeutet eine Zunahme von rund 56% im Jahre 1933. Der Export in der ersten Hälfte 1933 belief sich auf 2.362.000 LP. In der entsprechenden Periode des Jahres 1932 betrug der Export 2.194.000 LP. (Gesamtexport 1932—4.327.000 LP.).

# Aus Palästina

### Revisionisten gründen eine neue Kolonie

Der Revisionistische Arbeiterverband in Palästina plant die Gründung einer Kolonie auf privatem Boden. Dieses Kolonie wird die zweite von den Revisionisten gegründete Siedlung in Palästina sein. Die erste Siedlung, Ramat Tiomkin, wurde vor zwei Jahren in der Nähe von Natania, auf dem Boden des Keren Kajemeth mit einer Gesamtfläche von 400 Dunam gegründet.

### Neue Stadtviertel

In mehreren Städten und Kolonien Palästinas werden gegenwärtig neue Wohnviertel gebaut. Zwischen Tel-Aviv und Petach-Tikwah sind u. a. im Bau begriffen Sch'chunat Schenkin (85 Häuser), Tel-Litwinski, eine Siedlung der Tel-Aviver Handwerker. — In der Nähe von Bne-Brak wird auf einer Fläche von 200 Dunam eine neue Stadtrandsiedlung gegründet werden. Ein neues Wohnviertel, das »Merkaz-Amerikai« heißen wird, wird demnächst in Jerusalem neben dem Viertel »Achwa« entstehen.

### Rischon-Lezion, ein Industriezentrum

Allem Anschein nach wird die Kolonie Rischon Lezion, die bisher hauptsächlich wegen ihrer Weinproduktion bekannt war, sich zu einem jüdischen Industriezentrum entwickeln. Eine große Bierbrauerei wird demnächst von französischen Industriellen in den Räumen der dortigen Weinkellereien errichtet. Man teilt ferner mit, daß die Schuhfabrik »Keter« in Tel-Aviv ihren Betrieb nach Rischon-Lezion verlegen wird. Die »Gesellschaft für die Entwicklung der Stadt Tel-Aviv» hat von der Pica eine Fläche von 70 Dunam in der Nähe Rischon Lezions abgekauft. Die Fläche wird von der Gesellschaft parzelliert. Die einzelnen Grundstücke werden an Leute verpachtet, die dort kleinere und mittlere Industrien gründen wollen.

### Neue Mineralwasserfabrik

In Kirjath Chajim, einem neuen Wohnviertel bei Haifa, wird zur Zeit von aus Deutschland eingewanderten Juden eine Mineralwasserfabrik gebaut. Die Gründer der Fabrik sind Fachleute auf dem Gebiete der Mineralwasserfabrikation. Wie mitgeteilt wird, soll die neue Fabrik ein Heilwasser in der Art des »Vichy Céléstins« herstellen. Bekanntlich werden aus Frankreich große Mengen Vichy-Wasser nach Palästina importiert. Die Einfuhr an »Vichy« betrug im Jahre 1931 71.800 Liter im Wert von 1648 Pfund.

### Alluminiumgeschirr Industrie

Anfang dieses Jahres wurde in Ramat-Gan, in der Nähe Tel-Avivs, die erste Alluminiumgeschirr-Fabrik des Nahen Ostens unter der Fa. »Palallum« eröffnet. Die Fabrik, die von lettländischen Juden gegründet wurde, welche auch in Riga eine ähnliche Fabrikation betrieben, entwickelt sich günstig.

### Erstlingsfrüchte in den Siedlungen

In vielen jüdischen Kolonien wird in diesem Winter zum ersten Mal die Ernte der Zitrusfrüchte stattfinden. Die Kolonie Hadar hat kürzlich — zum ersten Mal seit ihrem Bestehen — an einem arabischen Händler zirka 20.000 Kisten Zitrusfrüchte verkauft. Jetzt tragen bereits sämtliche Pardessim in Mikve-Jisrael Frucht — Gesamtfläche 310 Dunam; die Grape-Fruits wurden bereits eingebracht und man geht nun auch an die Orangenernte heran. Erstlingsfrüchte werden jetzt auch in Beer-Tuvia, im südlichen Palästina, geerntet. Beer-Tuvia war noch vor wenigen Jahren eine beinahe wasserlose Kolonie und daher für Zitruskulturen nicht geeignet. Von den insgesamt 352 mit Pardessim bepflanzten Dunam wird jetzt erst auf 180 Dunam geerntet. Die Mädchen-Farm bei Neß-Ziona wird ebenfalls zum ersten Mal Zitrusfrüchte exportieren. Auch in der Kolonie Natania wird man jetzt von den ersten 1000 Dunam Erstlingsfrüchte (Orangen und Grapefruits) ernten.

### Entwicklung der Stadtsiedlung Bajit-W'gan

Die Stadtsiedlung bei Jaffa »Bajit W'Gan«, der bisher von den Neueinwanderern keine große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, macht in der letzten Zeit eine merkliche Entwicklung durch. Die Fläche der an der Meeresküste gelegenen Siedlung beträgt 1500 Dunam. Die Baubewegung ist ziemlich stark: 80 Häuser wurden bereits gebaut und weitere hundert sollen in ganz kurzer Zeit errichtet werden. Es wurde mit dem Bau einer Chausee begonnen, die bis zum Strand führen soll. Es sollen dort auch mehrere Fabriken gebaut werden. Für eine Fabrik zur Erzeugung von Spiritus und Kohlensäure wurden die Baulichkeiten schon eröffnet. Die Fabrik wird von der Firma Salomon, Lewin und Elstein, Tel-Aviv, errichtet. Der Betrieb soll in Kürze aufgenommen werden. — Die größte Ziegelfabrik in Palästina »Silikat« wird demnächst ebenfalls nach Bajit W'gan verlegt. Ein Grundstück wurde bereits erworben. — Ein Einwanderer aus 'Aden hat ein Gebäude für eine Halva-Fabrik errichtet. Hier hat Delfiner, Wien, ebenfalls ein Grundstück gekaft, um eine Bierbrauerei zu errichten.

### Antisemitischer Terror in Cuba

Havanna, 28. November. Auf Grund der falschen Beschuldigung, die Juden hätten Bomben für die Gegner des Regimes Grau San Martin angefertigt und von den Dächern auf cubanische Militärpatroullen gefeuert, hat in Havanna schärfster antisemitischer Terror eingesetzt. Tag und Nacht führen Militärpatrouillen Haussuchungen nach angeblich versteckten Waffen im jüdischen Viertel durch, dessen Bevölkerung von unbeschreiblicher Panik ergriffen ist. Es haben sich zahlreiche Fälle von Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen ereignet, sogar auf offener Straße wurden einzelne Juden ausgeraubt. Der jüdische Einwohner Jacob Altschul wurde von einer Militärpatrouille abgeführt und mit dem Erschießen bedroht. Erst gegen ein Lösegeld von 40 Dollar wurde er freigelassen. Der Jude Blank wurde von Soldaten in seiner Wohnung schwer mißhandelt; eine Geldsumme und Wertgegenstände wurden von Soldaten geraubt.

Die Einwohner von Buenavista, einer Vorstadt von Havanna, sammeln Unterschriften für eine Petition, in der die Ausweisung aller in der Vorstadt wohnenden jüdischen Kaufleute verlangt wird.

Der Rechtsausschuß der Jüdischen Gemeinde Havanna hat den Generaladjutat der cubanischen Armee Velasco besucht und ihm die Lage der von Militärabteilungen terrorisierten jüdischen Bevölkerung geschildert. Der General versprach, sich um das schwere und unverdiente Los der Juden von Havanna bekümmern zu wollen. Inzwischen geht der antijüdische Terror weiter und es heißt, daß die Regierung jetzt eine neue Fremdengesetzgebung vorbereitet, durch die die Lage der jüdischen Einwohner äußerst erschwert werden soll.

### M. H. Landau 85 Jahre alt.

Der Vater des Präsidenten der Jüdischen Telegraphen-Agentur, Herr Moses Hirsch Landau feiert am 11. d. M. Erew Chanukkah seinen 85. Geburtstag. Von einem leichten Unwohlsein befallen, befindet sich der Jubilar in einem Sanatorium im Zustande der Besserung.

Das »Komitee zur Schaffung eines M. H. Landau-Fonds im Jüdischen Waisenhause zu Baden« bei Wien hat diesen Fonds bereits vor fünf Jahren, anläßlich des 80. Geburtstages des Jubilars etabliert.

Indem das Komitee dem ehrwürdigen jüdischen Patrizier zu diesem hohen Jubeltag herzlichst gratuliert und ihm eheste volle Wiedergenesung zu weiterem langen Wirken auf dem ihm lieben Gebiete jüdischer Humanität wünscht, gibt das Komitee gleichzeitig dem wärmsten Wunsche des Jubilars an seine vielen Freunde und Verehrer dahin Ausdruck, daß sie diesmal von persönlichen Ehrungen und Gratulationen Abstand nehmen mögen und an deren statt den den Namen des Jubilars tragenden Fonds im Jüdischen Waisenhause zu Baden reichlich zu gedenken und durch milde Gaben und Spenden dieses jüdische Wohlfahrtswerk zu stärken und zu fördern.

### Der „Czortkower Rebbe" gestorben

Freitag, den 1. Dezember verstarb im Wiener Sanatorium Löw im Alter von 79 Jahren der »Czortkower Rebbe«, Rabbi Friedmann.

Rabbi Fiedmann genoß den Ruf des bedeutendsten chassidischen Rabbis der Gegenwart. Er war ein Enkel des »Ruschiner Zadik«, eines Schülers des Begründers der großen chassidischen Bewegung, des Baal Schem Tow.

Bis zum Weltkrieg residierte die Rabbi-Dynastie Friedmann in Czortkow, einer Stadt in Ostgalizien, von wo sie infolge der Russeninvasion nach Wien flüchtete. Hier besaß der verstorbene Rabbi Friedmann ein eigenes Haus in der Heinestraße, das zu einem der Mittelpunkte der chassidischen Welt wurde.

Das Ableben des Czortkower hat bei allen Teilen der jüdischen Bevölkerung Wiens ungeheueres Aufsehen erregt. Zur innigen Anteilnahme der gläubigen Judenheit gesellte sich die üble Sensationslust der Wiener Presse, deren »israelitischer« Teil sich in seiner dummen Ignoranz ganz besonders an Verwunderung ob des »Exotischen« so eines »Wunderrabbis« nicht genugtun konnte, ebenso wie an Schilderung des »Aberglaubens« seiner Anhänger.

Die Bestatungsfeierlichkeiten — sie fanden am Sonntag, den 3. Dezember am Zentralfriedhof statt — zogen eine ungeheuere Menschenmenge an und boten ein rührendes Bild des Abschiednehmens von einem großen jüdischen religiösen Führer.

### Revisionistische Versammlung in Linz

Am Dienstag, den 28. v. M. fand in Linz eine gut besuchte Versammlung der Zionisten-Revisionisten statt, in der unser Gesinnungsgenosse Robert Spitz, der an den Beratungen des Revisionistenrates in Wien teilnahm, in einem eingehenden Referate über den Verlauf des Revisionistenrates Bericht erstattete. Im Anschluß daran wurden organisatorische Fragen besprochen und eine neue Leitung der Ortsgruppe vorgeschlagen, die, nach Genehmigung der kommissarischen Leitung in Wien, ihre Tätigkeit aufnehmen wird.

---

»Jutäa« Jugendgruppe des Tempels, Wien II., Pazmanitengasse 6. — Der Hebräischkurs der Jutäa unter Leitung Sr. Ehrw. Rab. Dr. Z. Taubes, findet jeden Montag von 8—9 Uhr abends im Sitzungssaal des Tempels, Wien, II., Pazmanitengasse 6, statt.

Anmeldungen und Auskünfte sowohl am Kursabend als auch an den allwöchentlichen Vereinsabenden in unseren Klubräumen: Restaurant Herlinger, II., Taborstraße 18 (Eingang Hotel National) Mittwoch ab 8 Uhr abends.

---

**Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14**